

**Ministerpräsident Roland Koch zur Lage der öffentlichen Haushalte: „Wir müssen den Menschen in aller Offenheit sagen: Wir leben in dramatischer Weise über unsere Verhältnisse“**

Ministerpräsident Roland Koch hat in den vergangenen Tagen wiederholt auf den unaufschiebbaren Handlungsbedarf in der Frage der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte hingewiesen und damit eine dringend notwendige Debatte angestoßen. Zu diesem Thema sagte er unter anderem in einem SPIEGEL-Interview:

„Die Schuldenbremse in der Verfassung zwingt uns dazu, die staatlichen Ausgaben in den nächsten Jahren dramatisch zurückzuführen. Es geht nicht mehr um die Frage, ob wir sparen, sondern wie wir

sparen. Manche hegen offenbar noch die Illusion, sie könnten Ausgabepositionen finden, bei denen alle übereinstimmend der Auffassung sind, es könne locker ohne Widerspruch gespart werden. Das wird nicht gelingen.

Wir müssen in den nächsten Jahren 50 Milliarden Euro einsparen. Das ist eine gewaltige Größenordnung. Deshalb müssen wir raus aus den alten Fronten, bei denen jeder erst mal sagt, was nicht geht, jedenfalls nicht vor seiner Haustür und in seinem Politikfeld.

*Fortsetzung auf Seite 2*



## Ministerpräsident Roland Koch: „Wir leben in dramatischer Weise über unsere Verhältnisse“

Fortsetzung von Seite 1

Natürlich hält jeder das eigene Anliegen für prioritär. Nur hat sich etwas verschoben. Früher bedeutete Priorität, dass ein Bereich mehr Geld bekam. Heute bedeutet Priorität, dass er beim Kürzen oder beim Kappen von Steigerungen besser behandelt wird. Wir dürfen nicht länger mehr ausgeben, als wir einnehmen. Das wäre ein Versündigen an der Zukunft.

Bildung und Kinderbetreuung gehören zu den Feldern, in denen am wenigsten gespart werden kann. Aber gespart werden muss auch hier. Und das sage ich nicht theoretisch, sondern in der Verantwortung für meinen Haushalt. Ich will keine Steuern erhöhen. Wir

dürfen nicht die 13 Millionen Bundesbürger entmutigen, die heute 50 Prozent aller Steuern zahlen. Aber richtig ist auch: Wir können Steuererhöhungen nur vermeiden, wenn wir die staatlichen Ausgaben entsprechend den Vorgaben der Schuldenbremse senken. Im vergangenen Jahr steckte die Wirtschaft noch in der Rezession. Hätten wir damals die Ausgaben heruntergefahren, hätten wir den Aufschwung zerstört.

Die Finanzlage von Bund, Ländern und Kommunen hat sich dramatisch zuge-spitzt. Deshalb ist jetzt der Moment gekommen, wo wir den Menschen in aller Offenheit sagen müssen: Wir leben in dramatischer Weise über unsere Verhältnisse.

Trotz der schwierigen Haushaltslage setzten CDU und FDP in Hessen weiter Schwerpunkte. Folgende Beispiele verdeutlichen dies:

- **Das Hochschulbudget für 2011 liegt bei 1,4 Milliarden Euro und damit um fast 500 Millionen Euro höher als bei Regierungsantritt 1999**
- **Hessen hat die höchste Betreuungsquote bei den Unterdreijährigen von allen westdeutschen Bundesländern**
- **Seit 1999 wurden in Hessen 5.150 zusätzliche Lehrer eingestellt. Der Bildungsetat ist seit 2005 um 650 Millionen Euro erhöht worden**

### STICHWORT: SCHULDENBREMSE

Die sogenannte Schuldenbremse wurde 2009 in das Grundgesetz aufgenommen, um eine zunehmende Überschuldung der Haushalte von Bund und Ländern zu verhindern. Sie beschränkt die Aufnahme neuer Kredite. Ausnahmen sind nur in Notsituationen wie Naturkatastrophen oder bei schweren Wirtschaftskrisen erlaubt.

## Fraktionsvorsitzender Dr. Christean Wagner: „Staatliche Ausgaben müssen auf ihre Tauglichkeit getestet werden“

„Wir haben jahrzehntelang über unsere Verhältnisse gelebt, doch so kann es nicht weitergehen. Griechenland sollte uns allen ein mahnendes Beispiel sein. Wir stehen in der Haushaltspolitik vor einem Paradigmenwechsel und dabei darf es in der Diskussion keine Tabus geben. Alle staatlichen Ausgaben gehören auf den Prüfstand und auf ihre Tauglichkeit getestet.“

In Verantwortung für die kommenden Generationen müssen wir uns jetzt an den Abbau der Milliardenschulden machen, damit der Staat handlungsfähig bleiben kann. Die Steuerlast und die Ausgaben für die Sozialsysteme werden von immer weniger Schultern getragen, die Zahl der Transferempfänger steigt



hingegen. Auf dieses Ungleichgewicht muss der Staat reagieren. Wir als CDU stellen uns dieser schweren Aufgabe“

## Generalsekretär Peter Beuth: „Menschen erwarten verantwortungsvolles Handeln der Politik“

„Die Bürgerinnen und Bürger erwarten in diesen Tagen verantwortungsvolles Handeln der politischen Akteure. Gerade mit Blick auf nachfolgende Generationen muss endlich der Teufelskreis des Schuldenmachens durchbrochen werden. Die hohe Staatsverschuldung führt zu hohen Zahlungsverpflichtungen für Kredite und Zinsen und diese wiederum senken die staatlichen Ausgabemöglichkeiten für Bildung, Wirtschaftsförderung und soziale Leistungen. Nur stabile und ausgeglichene Staatsfinanzen schaffen die Unabhängigkeit von Finanzspekulant, die Staat und Politik für ihren Handlungsspielraum brauchen.“

Jeder, der in den kommenden Jahren für höhere Ausgaben oder das Unterlassen einer vorgeschlagenen Einsparmaßnah-



me plädiert, muss einen Vorschlag zur Gegenfinanzierung vorlegen. Alles andere wäre ein eiskaltes Ausplündern der nachfolgenden Generationen.“





## Parlamentarischer Geschäftsführer Axel Wintermeyer: „Es darf in der Frage der Haushaltskonsolidierung keine Tabus geben“

„Für uns als CDU ist klar, dass die dringend notwendige Konsolidierung der Haushalte nicht angenehm ist, aber es gibt dazu keine Alternative. Das Beispiel Griechenlands mahnt uns, wie ein Staat an den Rand der Handlungsunfähigkeit gerät, wenn nicht rechtzeitig die finanzpolitische Notbremse gezogen wird. Deshalb begrüßen wir ausdrücklich die Sparvorschläge von Ministerpräsident Roland Koch.

Es darf in der Frage der Haushaltskonsolidierung mit dem Blick auf die Schuldenbremse keine Tabus geben. Wer, wie SPD und Grüne einerseits abstrakt Sparmaßnahmen einfordert, andererseits aber jeden konkreten Vorschlag ablehnt, den kann man als Ansprech-



partner in Fragen der Haushaltskonsolidierung nicht mehr ernst nehmen.“

## Haushaltspolitischer Sprecher Gottfried Milde: „Schuldenbremse sichert Zukunft der kommenden Generationen“

„Die künftige Handlungsfähigkeit und Unabhängigkeit des Staates können wir nur durch den Abbau von Schulden erreichen und sicherstellen.

Die dramatische Finanzsituation in Griechenland und die katastrophalen Folgen für den Euro haben das unmissverständlich vor Augen geführt.

Als Konsequenz für Hessen werden wir bereits im Haushaltsplan 2011 die finanzpolitische Zielrichtung der nächsten zehn Jahre festlegen, mit dem Ziel, im Jahr 2020 eine Nettoneuverschuldung von Null zu erreichen.

Die Schuldenbremse sichert die Zukunft der kommenden Generationen. Fazit: Wir machen Hessen fit für die



Zukunft und setzen uns für die Interessen künftiger Generationen ein.“